



KOMMENTAR

FRAGWÜRDIG
Kinderbetreuung
als Schmähpattie

Von LABg. Claudia Klimt-Weithaler



Seit über einem Jahr tagt im Landtag Steiermark ein Unterausschuss zur Novellierung des Kinderbetreuungsgesetzes, des Dienst- und Besoldungsrechtes der KindergartenpädagogInnen und des Kinderbetreuungsförderungsgesetzes.

Seit über einem Jahr wird dort über die Qualität in Kinderbetreuungseinrichtungen und die notwendige Bildungsarbeit diskutiert. Über die Wichtigkeit dieser Arbeit sind sich alle einig und auch darüber, dass wir einen dringenden Nachholbedarf beim Ausbau von Betreuungseinrichtungen haben, vor allem für unter 3-Jährige.

Jetzt wurde allerdings ein Dienst- und Besoldungsrecht von SPÖ und ÖVP beschlossen, das massive Zweifel aufkommen lässt, ob alles Bisherige ernst gemeint war. Das neue Dienstrecht sieht nämlich für die PädagogInnen eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne finanzielle Abgeltung vor und es kann bei Kinderbetreuungsbedarf zum Wegfall der Vor- und Nachberei-

tungswoche kommen.

Schwierig wird es auch beim Kinderbetreuungsgesetz. Vom Ausbau spricht schon lange niemand mehr, die Krippengruppen sollen jedoch von 10 auf 14 Kinder aufgestockt werden. Das läuft dann alles unter dem Deckmäntelchen „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“.

Die KPÖ hat dazu im März eine dringliche Anfrage an Landesrätin Vollath und Landesrat Buchmann gestellt. Wir haben auf einen Landtagsbeschluss zum Ausbau von Betreuungseinrichtungen ebenso hingewiesen wie auf deren volkswirtschaftlichen Nutzen. Aber das scheint in der Landesregierung niemanden zu interessieren. Das neue Dienstrecht geht auf Kosten der PädagogInnen, das neue Kinderbetreuungsgesetz wird ebenso auf deren Kosten und auf Kosten der Kinder gehen.

Wenn uns Kinderbetreuung ein wirkliches Anliegen ist, dann muss auch Geld dafür zur Verfügung stehen – alles andere ist eine reine Schmähpattie!

dergärtnerinnen

tungen auch eine dringliche Anfrage an die zuständige Landesrätin Bettina Vollath (SPÖ) und an Finanzlandesrat Christian Buchmann (ÖVP). Claudia Klimt-Weithaler begründete die Anfrage mit dem steigenden Bedarf an qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen bei einem gleichzeitig weit hinter dem Bedarf bleibenden Angebot. Klimt-Weithaler: „Bereits im November 2005 wurde ein KPÖ-Antrag, der den flächendeckenden Ausbau kostengünstiger Kinderbetreuungseinrichtungen fordert, angenommen. Passiert ist seither nichts!“

Betriebskindergärten

Immer mehr Frauen, vor allem Alleinerzieherinnen, sind gezwungen, Teilzeit zu arbeiten, weil sie für ihre Kinder keine adäquaten Be-

treuungsplätze finden oder diese oft viel zu teuer sind. Dafür verantwortlich ist nicht zuletzt der Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen in den Betrieben.

Deshalb brachte die KPÖ zu diesem Thema einen Entschließungsantrag ein. Darin wird die Bundesregierung mittels Petition aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um Großbetriebe gesetzlich verpflichten zu können, Betriebskindergärten einzurichten. Werner Murgg (KPÖ): „Eine ordentliche und leistbare Kinderbetreuung ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Da müssen auch die Betriebe in die Pflicht genommen werden. Schließlich stammt deren Profit aus der Arbeitsleistung ihrer Beschäftigten.“ Der KPÖ-Antrag wurde angenommen, nur die ÖVP stimmte dagegen.

Sozialhilfe: KPÖ für Ende der Rückzahlungspflicht

Viele Menschen scheuen sich, um Sozialhilfe anzusuchen, da sie vor der Rückzahlungsverpflichtung Angst haben. Denn haben sie wieder ein selbständiges Einkommen, müssen sie Teile als Rückzahlung verwenden. Vielen gelingt es dadurch kaum, aus dem Teufelskreis der Armut auszubrechen. Die KPÖ hat im Landtag den Antrag eingebracht, die Regresspflicht bei der Sozialhilfe abzuschaffen. Eine Abschaffung des

Regresses würde 2,6 Millionen Euro kosten. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Dem Baumulti Rogner wurden mit einem Strich 4,5 Millionen Euro erlassen. Bei unserem Antrag geht es um 31.335 Menschen in der Steiermark, die zu den Ärmsten der Armen gehören!“ Soziallandesrat Kurt Flecker (SPÖ) sagte zu, die Regresse ab 2009 abschaffen zu wollen. Trotzdem wurde der KPÖ-Antrag von ÖVP und SPÖ abgelehnt.